

Groß, Dietrich-Eberhard

Article — Digitized Version

Chinas Drang nach Westen: Die Aussichten für Chinas Handel mit der freien Welt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Groß, Dietrich-Eberhard (1964) : Chinas Drang nach Westen: Die Aussichten für Chinas Handel mit der freien Welt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 10, pp. 431-436

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133426>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Chinas Drang nach Westen

Die Aussichten für Chinas Handel mit der freien Welt

Dietrich-Eberhard Groß, Hamburg

Von der erzwungenen Öffnung Chinas für den Welt-Handel nach dem Ende des Opiumkrieges (1842) bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, rund hundert Jahre also, waren die wichtigsten Welthandelsländer — die USA, Großbritannien und Deutschland — auch die bedeutendsten Handelspartner Chinas. Zu ihnen kamen aus Gründen der geographischen Nähe und der wirtschaftlichen Ergänzung Hongkong und Japan hinzu. Auf diese 4 Länder entfielen jahrzehntelang zwei Drittel und mehr des chinesischen Außenhandels.

Mit der Errichtung der Volksrepublik in China haben sich die politischen Voraussetzungen und als Folge davon Zielsetzung, Richtung und Struktur des Außenhandels entscheidend gewandelt. Es ist jedoch weder gelungen, seine Normalisierung zu erreichen noch eine kontinuierliche Entwicklung sicherzustellen.

Die Embargopolitik des Westens und ihre Konsequenzen

Unmittelbar nach der kommunistischen Machtübernahme, noch im Oktober 1949, begann die amerikanische Regierung, die im Handel mit der Sowjetunion und den kommunistischen Ländern in Europa erlassenen Embargobestimmungen auf China auszudehnen. Nach der chinesischen Intervention im Korea-Konflikt im November 1950 verhängten die USA am 2. 12. 1950 ein vollständiges Ausfuhrverbot nach China und eine Zahlungssperre, durch die gleichzeitig die Einfuhr aus China lahmgelegt wurde. Diese Beschränkungen bestehen bis heute in unverminderter Schärfe, und durch sie hat sich das wichtigste Welthandelsland, das nach Kriegsende mit fast 50% am Außenhandel Chinas beteiligt war, aus dem Kreis der Handelspartner Pekings selbst ausgeschlossen.

Am 18. 5. 1951 empfahl die UNO-Vollversammlung, einem amerikanischen Antrag folgend, allen Ländern, ein Embargo für kriegswichtige Waren gegen China zu verhängen. 45 Länder, darunter das kommunistische Jugoslawien, sperrten die Ausfuhr strategischer Güter nach China. Als einziges nicht-kommunistisches Land trotzte Ceylon der Forderung der UNO und allen Pressionen der USA und lieferte große Mengen Kautschuk nach China, nachdem die amerikanische Regierung es abgelehnt hatte, in das chinesische Preisangebot und die Abnahmegarantie einzutreten.

Die UNO-Empfehlung bildete die Grundlage für das sogenannte „Internationale China-Embargo“, das bis 1957 als eine Art handelspolitischer Sanktionen bestand und insbesondere die Handelsbeziehungen zwischen den Industrieländern und China fühlbar beeinträchtigte. Denn unter der Führung der USA hatten Belgien, Dänemark, Deutschland (Bundesrepublik), England, Frankreich, Griechenland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal und die Türkei einen besonderen China-Ausschuß gebildet, der — als Chincom bekannt — von 1952 bis 1957 die materielle und verfahrensmäßige Vereinheitlichung der Ausfuhr nach China steuerte, bis durch das einseitige Vorgehen Englands die Aufhebung der Sonderbehandlung Chinas erzwungen wurde.

Deutschland und Japan fielen übrigens auch aus rein politischen Gründen wiederholt und längere Zeit als namhafte Handelspartner aus. In beiden Ländern sorgten die amerikanischen Besatzungsbehörden dafür, daß über die „internationalen“ Embargomaßnahmen hinaus die schärferen, für die USA geltenden Bestimmungen angewendet wurden. Später waren es ziemlich weit hergeholt politische Gründe auf Seiten der Chinesen, die zu einer boykottartigen Zurückhaltung gegenüber Bezügen aus der Bundesrepublik Deutschland (1954/55) bzw. zum Abbruch der Handelsbeziehungen zu Japan (1958) führten. Die Sowjetzone Deutschlands konnte die Lücke nur unvollkommen ausfüllen, obwohl sie in den fünfziger Jahren zu den volumensmäßig bedeutendsten Handelspartnern Chinas zählte. Sie war zwar Großabnehmer chinesischer Industrierohstoffe und Nahrungsmittel, aber ihr Lieferfächer wies erhebliche strukturelle Schwächen und ihr Warenangebot jahrelang ohne Erfolg immer wieder beanstandete Qualitätsmängel auf. Der chinesische Warenaustausch mit Japan erreichte erst 1962 wieder das Niveau von 1957. Von diesem Rückgang profitierten die westeuropäischen Länder, auf die China auswich, um seine eingepflanzten Einfuhren, besonders von Walzwerkserzeugnissen und Kunstdünger, nicht zu gefährden. Durch das günstige Zusammentreffen von drei Faktoren — Abschluß des Quasi-Handelsabkommens Ende September 1957, Lockerung des Embargos im zweiten Halbjahr 1957, Ausfall der japanischen Lieferungen — erreichte die Bundesrepublik im Jahre 1958 einmalig mit einem Ausfuhrvolumen von 682 Mill. DM nach der Sowjetunion den 2. Platz unter den Lieferländern Chinas.

WURM — WAGNER — ZARTMANN

Das Rechtsformularbuch

Praktische Erläuterungen und Muster
für das bürgerliche Recht,
Arbeits-, Handels- und Gesellschaftsrecht
und den gewerblichen Rechtsschutz

7. neubearbeitete, erweiterte Auflage

1257 Seiten, rund 700 Muster, Ganzleinen 87,— DM

„Wer das Werk erstmals zur Hand nimmt, wird erstaunt sein, welche Fülle von Material ihm hier in leicht verständlicher, knapper, aber auch anregender Darstellung geboten wird, ohne daß deshalb mangelnde Zuverlässigkeit und Gründlichkeit zu beanstanden wären. Die geschickte Verbindung von allgemein gehaltenen Erläuterungen mit Standardmustern erlaubt deren rasche Angleichung an Einzelfälle. Besonders dankbar darf man die Vermehrung der steuerlichen Hinweise sowohl in den Anmerkungen zu den Mustern als auch in den Erläuterungen selbst begrüßen.“

Neue Juristische Wochenschrift

Ausführlicher Prospekt auf Anforderung



DR. CARL WURM
VERLAG ERBEN · STRAUBING

Starke wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ostblock

Es dürfte kaum Maos Absicht gewesen sein, den übermächtigen Einfluß, den die USA nach 1945 auf Chinas Außenhandel ausübten, gegen die wirtschaftliche Abhängigkeit von der UdSSR einzutauschen. Die geschilderte Entwicklung führte jedoch in den frühen fünfziger Jahren zwangsläufig zu einer engen Bindung zwischen den kommunistischen Großmächten. Ganz unabhängig von den gleichen Zielen, die Stalin und Mao auf ideologischem und politischem Gebiet verfolgten, war diese Bindung angesichts der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Isolierung der Volksrepublik China die einzige Möglichkeit für die chinesische Führung, das vorgesehene ehrgeizige Entwicklungsprogramm in Angriff zu nehmen, durch das China in kürzester Zeit in einen modernen Industriestaat umgewandelt werden sollte. Infolge der anfänglichen Wirksamkeit des China-Embargos blieben als Lieferanten für Industrieanlagen und Maschinen nur die Sowjetunion und in beschränktem Umfang die kleineren Industrieländer im Sowjetbereich übrig, d. h. die Sowjetzone Deutschlands und die Tschechoslowakei.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist bekannt. Der Anteil der kommunistischen Partnerländer am Außenhandel Chinas, der vor 1949 niemals mehr als 7 bis 8 % ausgemacht hatte, stieg von angeblich 26 % im Jahre 1950 auf angeblich 61 % im Jahre 1951 und

weiter bis auf 82 % im Jahre 1955. Auf die Sowjetunion allein entfielen in dem Jahrzehnt von 1951 bis 1960 nach chinesischen und sowjetischen Angaben zwischen 50 % und 60 %. Diese Ziffern sind jedoch als überhöht anzusehen, weil der Anteil des chinesischen Warenaustausches mit den anderen kommunistischen Ländern am gesamten Außenhandel Chinas infolge einer willkürlichen Festsetzung des Verrechnungskurses Rubel-Yüan um über 40 % überbewertet war. Trotzdem ist die überragende Bedeutung der Sowjetunion als Handelspartner Chinas nicht zu übersehen.

Wirtschaftliche Kampfmaßnahmen des Ostblocks gegen China

Als die Wirtschaftskrise in China als Folge der überstürzten und rigorosen Einführung der Volkskommunen und des mißlungenen „Großen Sprungs nach vorn“ ihren Höhepunkt erreicht hatte, unternahm die sowjetische Führung — als Maßnahme im Rahmen des Konflikts mit Peking — im Juni 1960 drastische Schritte auf wirtschaftlichem Gebiet, die in ihrer Wirkung kaum weniger einschneidend gewesen sein dürften als seinerzeit das China-Embargo der westlichen Industrieländer. Die sowjetischen Experten wurden zurückgerufen, Hunderte von Verträgen gebrochen und Hunderte von Projekten gestrichen, behauptet die chinesische Regierung, und diesen Tatsachen ist von sowjetischer Seite nicht ernstlich widersprochen worden. Auch die sowjetischen Warenlieferungen wurden stark reduziert. Wie die sowjetische Außenhandelsstatistik zeigt, war ihr Umfang 1961 geringer als 1950 und hat sich 1963 gegenüber 1961 erneut nahezu halbiert. Die Ausfuhr kompletter Anlagen, das Kernstück der sowjetischen Industriehilfe an China, war schon 1962 mit ganzen 8 Mill. nRbl nicht mehr weit vom Nullpunkt entfernt.

Die Exporte der deutschen Sowjetzone und der Tschechoslowakei, der nächstwichtigen Handelspartner Chinas innerhalb des „sozialistischen Weltmarktes“, waren bis 1962 so stark zurückgegangen, daß der Ausweis ihrer Werte in den Außenhandelsstatistiken nicht mehr lohnte. Inzwischen ist bekanntgeworden, daß das Volumen der sowjetzonalen Ausfuhr nach China 1962 mit 87 Mill. DM rund 30 % unter demjenigen der Bundesrepublik lag, obwohl auch hier das Exportergebnis in jenem Jahr das niedrigste seit 1956 war. Der Wert der tschechischen Ausfuhr erreichte 1962 sogar nur 86 Mill. Kzs (rund 48 Mill. DM). Während sich in den Jahren von 1958 bis 1960 außer der UdSSR noch weitere vier kommunistische Länder unter den zehn wichtigsten Handelspartnern Chinas befanden — die Sowjetzone Deutschlands, die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn —, stehen seit 1962 neun nicht-kommunistische Länder nach der UdSSR in der Spitzengruppe.

Der Generalsekretär der KPCh, Teng Hsiao-ping, hat also sicherlich nicht übertrieben, als er während seiner Rede auf dem Moskauer Treffen der kommunistischen Parteien im November 1960 Chruschtschow öffentlich beschuldigte, die Wirtschaftskrise in China absichtlich verschärft zu haben.

Auftrieb für Autarkietendenzen

Der Schaden, den die sowjetischen Maßnahmen in der Wirtschaft Chinas verursachten, ist zwar von außen nicht im einzelnen überschaubar, war aber zweifellos sehr bedeutend und ist bis heute nicht überwunden. Das westliche Embargo der frühen fünfziger Jahre ließ China die Möglichkeit, auf den „sozialistischen Weltmarkt“ auszuweichen. Die damit verbundene wirtschaftliche Abhängigkeit von Moskau ist Peking teuer zu stehen gekommen. Heute ist eine Rückorientierung, wie sie Jugoslawien nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin im Jahre 1948 gelang, für China nicht möglich, und die chinesische Regierung scheint auch entschlossen zu sein, lieber eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung in Kauf zu nehmen als sich neuerlich in ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis zu begeben. „Aus eigener Kraft“ lautet deshalb seit 1960 die Parole. Schon im August 1960, unmittelbar nach den sowjetischen Eingriffen, wies der chinesische Planungschef Li Fu-tschun auf die Notwendigkeit für die chinesische Wirtschaft hin, sich selbst mit Maschinen und anderen Ausrüstungen zu versorgen. Die Autarkietendenzen haben durch die schlechten Erfahrungen, die China mit den Folgen der wirtschaftlichen Abhängigkeit gemacht hat, zweifellos Auftrieb erhalten, neu sind sie aber nicht. Die chinesische Führung hatte für ihr Land immer schon die Sonderstellung einer allseitig entwickelten Wirtschaft beansprucht, und Chruschtschow hatte bei China als einzigem sozialistischem Land außer der Sowjetunion die Berechtigung dieses Anspruchs auf Grund der im Falle Chinas vorhandenen „realen Bedingungen“ anerkannt.

Das Autarkiestreben beschränkt den Außenhandel zwangsläufig auf die Rolle eines Lückenbüßers. Dadurch wird der Spielraum für die Ausweitung des Handels zwischen China und der nicht-kommunistischen Welt auf lange Sicht eingeengt.

Unterschiedliche Bedeutung der Handelspartner

In der Vergangenheit hat China unterschieden zwischen seinen Handelsbeziehungen mit den Industrieländern einschließlich Japan und seinen Handelsbeziehungen mit den afro-asiatischen Entwicklungsländern. Die Länder Mittel- und Südamerikas haben trotz mehrfacher Ansätze bisher keine nennenswerte Bedeutung als Handelspartner Chinas erlangt.

Die Bedeutung dieser beiden Ländergruppen als Handelspartner beruht auf durchaus unterschiedlichen Merkmalen. Bei einer verallgemeinernden und schematisierenden Betrachtung läßt sich sagen, daß China — heute und morgen in ganz ähnlicher Weise wie in den zurückliegenden Jahrzehnten — die Industrieländer als Lieferanten hochentwickelter Produktionsmittel und technischer Erfahrung ebenso braucht wie als Abnehmer seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse und seiner Industrierohstoffe, auf die immer noch zwei Drittel seiner Ausfuhr entfallen. Die Entwicklungsländer der südlichen Erdhälfte ihrerseits, die im Regelfall wirtschaftlich rückständiger sind als das Ent-

Das
HAMBURGISCHE WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV
sucht

Abteilungsleiter (Volkswirt)

Forschungsgebiete:
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr,
Entwicklungspolitik und Außenhandel
Vergütung nach BAT I oder A 14
Antritt: zum 1. 1. 1965 oder später

Ausführliche Bewerbungen an:
Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv,
Direktion,
Hamburg 36, Poststraße 11

wicklungsland China, kommen als Abnehmer chinesischer Industrieprodukte nicht nur der seit Jahrzehnten hochentwickelten Konsumgüterindustrie, sondern in steigendem Maße auch von schwerindustriellen Vor- und Halbfabrikaten und von einfacheren Investitionsgütern in Betracht. Darüber hinaus sind die weniger entwickelten Länder ein willkommenes Experimentierfeld für die chinesische Entwicklungshilfe, die praktisch ausschließlich in Form chinesischer Lieferungen abgewickelt wird, und damit für eine unverdächtige Art des Versuchs politischer Einflußnahme.

Chinas außenhandelspolitische Handicaps

Im Augenblick ist die Situation des chinesischen Außenhandels allerdings durch zwei Umstände gekennzeichnet, die seine ohnehin nicht übermäßig breite Dispositionsbasis beträchtlich einengen: durch Chinas Schulden an die Sowjetunion und durch den den Zwang, jährlich Millionen von Tonnen Getreide einzuführen.

Die finanziellen Verpflichtungen gegenüber der UdSSR werden noch auf Jahre hinaus einen erheblichen Teil der für die Ausfuhr zur Verfügung stehenden Waren binden oder ihre Devisenerlöse der Bezahlung von Einfuhren auf dem Weltmarkt entziehen. Zwar sollen die Handelsschulden — sowohl aus den beiden 1950 und 1954 in Höhe von (nach sowjetischen Angaben) 1816 Mill. rRbl in Anspruch genommenen Krediten

NORGES HANDELS-KALENDER

vermittelt in erster Linie vollständige Aufschlüsse über das norwegische Wirtschaftsleben, ohne jegliche Annoncierungspflicht. Das Adreßbuch ist somit ein komplettes und umfassendes Werk von hohem Wert.

NORGES HANDELS-KALENDER

erscheint in 2 Bänden, die das gesamte norwegische Wirtschaftsleben umfassen und jedermann zugänglich sind. Das Adreßbuch ist daher jedem deutschen Geschäftsmann, der mit dem norwegischen Markt Kontakte sucht, von größtem Nutzen.

Band I: Das **Adressenverzeichnis** umfaßt sämtliche Adressen der Wirtschaft sowie der staatlichen und städtischen Verwaltung, Karten über die Städte und Provinzen, Ortsregister, statistische Angaben, Verkehrsmittel usw.

Band II: Das **Branchenverzeichnis** umfaßt sämtliche Gewerbezweige, Warenzeichen und Firmenmarken sowie einen **Ausland-Teil**.

S. M. BRYDE / OSLO

NORGES HANDELS-KALENDER

Das norwegische Handels-Adreßbuch

als auch aus den Defiziten des Warenaustausches während der ersten Jahre in Höhe von weiteren 2136 Mill. nRbl — bis Ende 1964 einschließlich Zinsen zurückgezahlt sein. Aber China schuldet der Sowjetunion nach eigenen Angaben darüber hinaus noch 6 Mrd. nRbl (rund 27 Mrd. DM) aus dem Koreakrieg und der anschließenden Militärhilfe bis 1960. Welche Vereinbarungen über die Tilgung dieser gewaltigen Auslandsverbindlichkeit bestehen, ist bisher nicht bekanntgeworden, die Annahme, daß sie die Bewegungsfreiheit Chinas noch lange Zeit beeinträchtigen wird, erscheint jedoch keineswegs übertrieben.

Die Einfuhr von Getreide aus dem Ausland war nach der kommunistischen Terminologie eines der Symbole für die „Ausbeutung“ Chinas durch „die Fremden“ in der Periode der ungleichen Verträge. Die kommunistische Regierung wollte beweisen, daß China nicht nur in der Lage ist, seine wachsende Bevölkerung aus eigener Erzeugung zu ernähren, sondern daß das Land auch noch Überschüsse für den Export erwirtschaften kann. Tatsächlich begann China während seines ersten Fünfjahresplanes, in steigendem Umfang Reis zu exportieren. Die Ernährungsschwierigkeiten, die 1959 einsetzten und sich im folgenden Jahr zu einer Katastrophe vorkommunistischen Ausmaßes auswuchsen, zwangen jedoch die kommunistische Führung, auf Getreide aus dem kapitalistischen Ausland zurückzugreifen. Seit 1960 hat China über 22 Mill. t Getreide

im Westen gekauft und bis Ende 1963 über 16 Mill. t eingeführt, vornehmlich aus Australien, Kanada, Frankreich und Argentinien; aber auch Deutschland (BR) gehört zu den Lieferländern. Für 1964 ist wiederum mit Importen von mehr als 5 Mill. t zu rechnen; als neuer Lieferant kommt Mexiko hinzu.

Durch diese Sondergeschäfte sind Australien und Kanada über Nacht in die Gruppe der wichtigsten Handelspartner Chinas aufgerückt. 1963 steht mit Australien sogar zum ersten Mal seit der kommunistischen Machtübernahme in China ein nicht-kommunistisches Land vor der Sowjetunion an der Spitze der Lieferländer.

China war gezwungen, seine anderen Einfuhren aus dem Westen einzuschränken, um Mittel für die Bezahlung der Getreidelieferungen freizumachen. Obwohl es zur Verstärkung seiner Devisenreserven 1961 als Verkäufer von Gold und Silber auf den Edelmetallmärkten auftrat, mußte das Land bei seinen Hauptlieferanten Zahlungsziele bis zu 12 Monaten in Anspruch nehmen, durch die eine zunehmende Verschuldung gegenüber einigen „kapitalistischen“ Ländern eingetreten ist.

Wie lange eine zusätzliche Versorgung Chinas mit ausländischem Getreide notwendig sein wird, läßt sich naturgemäß nicht vorhersehen; auch die chinesischen Planer können es heute noch nicht wissen. Mit Sicherheit kann aber davon ausgegangen werden, daß trotz gegenteiliger Erklärungen die Getreidekäufe eingestellt werden, sobald China auf diese Zufuhren verzichten kann. Die chinesische Führung wird die Milliardenbeträge, die jetzt jährlich für die Getreideimporte ausgegeben werden müssen, so schnell wie irgend möglich für „produktive Zwecke“ verwenden. Eine mit dem neuen Absatzmarkt China begründete geplante Ausdehnung der Weizenanbaufläche australischer Farmer, über die die Presse kürzlich berichtete, dürfte mehr Wunschenken als Realität sein.

Wettkampf um den „größten Markt der Welt?“

Die Unbeständigkeit war auch in der Vergangenheit eines der am schwersten überschaubaren Hemmnisse im Chinahandel. Es wird sich erst zeigen müssen, ob darin durch den Wegfall der Priorität für den Warenaustausch mit den kommunistischen Partnerländern eine Änderung eintritt.

Eigene Angaben über die Entwicklung des chinesischen Außenhandels liegen nur bis einschließlich 1958 vor; für 1959 wurde zwar noch die Planziffer veröffentlicht, nicht dagegen das Ergebnis, das demnach das Ziel nicht erreicht haben dürfte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Gesamtvolumen nach 1959 rückläufig war und erstmals 1963 wieder eine steigende Tendenz zeigt. Allein das Austauschvolumen China-UdSSR verringerte sich in diesen vier Jahren um 70 % im Gegenwert von 1419 Mill. \$, nämlich von 1849 Mill. nRbl auf 571 Mill. nRbl. Der Wert des Warenaustausches zwischen China und der nicht-kommunistischen Welt war infolge der Getreidekäufe relativ stabil geblieben. Nach dem bisherigen Höchststand

Warenaustausch mit der VR China nach Ländern

(in Mill. US-\$ Gegenwert)

Land	1961	1962	1963	Höchststand nach 1949	Niedrigststand nach 1949
Sowjetunion	918	749	635	2 055 (1959)	580 (1950)
Hongkong	197	227	272	272 (1958)	189 (1955)
Australien	168	110	225	225 (1963)	4 (1952) 1)
Japan	47	84	137	141 (1957)	16 (1952)
Malaysia 2)	75	88	113	113 (1963)	5 (1953) 1)
Kanada	124	141	102	141 (1962)	1 (1950)
England	123	88	89	159 (1960)	21 (1952)
Frankreich	52	61	78	78 (1963)	9 (1950)
Indonesien	80	82	65 3)	114 (1959)	2 (1952) 1)
BR Deutschland	71	70	56	221 (1958)	74 (1952) 4)
Ceylon	25	37	50	95 (1953)	16 (1951) 1)

1) Ohne Vergleichsmöglichkeit mit 1950. 2) Niedrigststand-Ziffer nur für Malaya, also ohne Sabah, Sarawak und Singapur. 3) Schätzung auf Grund der vorläufigen Ziffern für das erste Halbjahr 1963 (indonesische Ausfuhr) bzw. für das erste Vierteljahr 1963 (indonesische Einfuhr). 4) Die Ziffer umfaßt nur Ausfuhren nach bzw. Einfuhren aus der VR China über dritte Länder (Transit); ein direkter Warenaustausch BRD—China hat 1951 und 1952 nicht stattgefunden.

von 1527 Mill. \$ im Jahre 1958, an dem damals allein Deutschland (BR) mit gut 15 % beteiligt war, nahm das Volumen 1959 auf 1345 Mill. \$ ab, stieg 1960 entgegen der allgemeinen Tendenz des chinesischen Außenhandels wieder auf 1436 Mill. \$ an und blieb auch 1961 mit 1380 Mill. \$ über dem Ergebnis von 1959. Der 1963 erreichte Wert dürfte den Höchststand von 1958 übertroffen haben.

Wie die Tabelle zeigt, sind es also die „alten“ Industrieländer Europas und die asiatische Industriemacht Japan, die im Wettbewerb um den chinesischen Markt stehen—den größten Markt der Welt mit über 700 Mill. potentiellen Konsumenten. Ist China wirklich der größte Markt der Welt? Schon 1843, vor der Gründung der ersten deutschen Handelsniederlassungen in China, sprach der preußische Generalkonsul in Hamburg in einer Denkschrift an das Berliner Handelsministerium von „der Emanzipation des chinesischen Handels als einem der wichtigsten Ereignisse unseres Jahrhunderts“. Die Vision hat sich nicht bestätigt, und es sieht nicht so aus, als würde sich in absehbarer Zeit etwas daran ändern. Denn China ist ein Entwicklungsland, und „es wird noch sehr lange dauern, bis wir China zu einem großen sozialistischen Land mit

moderner Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Kultur aufgebaut haben. Gegenwärtig ist unser Land wirtschaftlich noch rückständig.“ Das sagte Liu Shao-chi, Staatspräsident der Volksrepublik China, in seiner Bestandsaufnahme anlässlich des 40. Gründungstages der chinesischen KP im Jahre 1961.

Der Warenaustausch der Bundesrepublik Deutschland mit China war 1963 mit 224 Mill. DM auch absolut geringer als der des Deutschen Reiches mit China beispielsweise 1913 (254 Mill. GM) bzw. 1937 (318 Mill. RM), von der Änderung des Wertverhältnisses gar nicht zu reden. Sein Volumen ist zwar ausbaufähig, selbst über das Rekordvolumen von 1958 (927 Mill. DM) hinaus; aber doch nur in begrenztem Umfang. Durch die bisherige Entwicklung des Gemeinsamen Marktes mit seinen prohibitiven Außenzöllen und den Präferenzen für die assoziierten Rohstoffländer Schwarzafrikas werden die objektiven Bedingungen für die Erweiterung des Chinahandels der EWG-Länder nicht verbessert. Denn trotz seiner Abkehr vom sozialistischen Weltmarkt wird China grundsätzlich an seiner bilateralen Außenhandelsplanung festhalten, soweit nicht aus politischen Gründen Abweichungen als zweckmäßig angesehen werden.

PHILIPP HOLZMANN

AKTIENGESELLSCHAFT / FRANKFURT (MAIN)



HOCHBAU · TIEFBAU · INDUSTRIEBAU
WASSERBAU · BRÜCKENBAU · SPANNBETON

Erstmals im Jahre 1963 hat China begonnen, außerhalb des kommunistischen Bereichs vollständige Industrieanlagen zu kaufen. Bisher sind folgende Abschlüsse bekanntgeworden:

Lieferland	Art der Anlage	Wert in Mill. DM
BR Deutschland	Krackanlage	50
BR Deutschland	Kunstfaserfabrik	10
England	Kunstdüngerfabrik	34
Frankreich	Alkoholfabrik	12
Italien	2 Kunstdüngerfabriken	je 40
Japan	2 Kunstfaserfabriken	80+112
Niederlande	Harnstofffabrik	28

Über die Lieferung einiger weiterer Werke oder Ausrüstung wesentlicher Teile verhandeln die chinesischen Außenhandelsgesellschaften mit englischen, französischen, italienischen, japanischen, österreichischen und schwedischen Firmen. Aber Zahl und Auftragswert dieser Geschäfte, so bedeutend sie für das einzelne Lieferwerk auch sein mögen, sind beschränkt und werden es bleiben, solange China mehr als die Hälfte seiner Deviseneinnahmen für den Ankauf von Getreide ausgeben und für seine Bezahlung schon Zahlungsziele in Anspruch nehmen muß. Auch die Einräumung langfristiger Kredite durch die Lieferanten würde daran nichts ändern, denn sie bedeutet nur eine Verschiebung der Zahlungsstermine, die ihren Vorteil verliert, sobald die hinausgeschobenen Fristen infolge des Umfangs der Kreditkäufe kumulieren und dadurch in gleicher Weise die Grenze der Zahlungsfähigkeit des Schuldnerlandes erreichen, wie es ohne Kreditinanspruchnahme wenig früher der Fall gewesen wäre.

Die Chancen nutzen!

Das Auftreten Chinas als Käufer von Anlagegütern wird den gleichen Wettlauf auslösen, der das Anlagegeschäft nach den nicht-kommunistischen Entwick-

lungsländern seit Jahr und Tag kennzeichnet, daß nämlich die Zahlungsbedingungen eine ungleich größere Rolle spielen als die „klassischen Kriterien“ wie Preis, Qualität, Lieferzeit usw. Einige der westlichen Industrieländer sind bereit, ihren Exporteuren die Gewährung von Zahlungszielen an China durch Übernahme vornehmlich des politischen Risikos zunächst bis zu 5 Jahren zu ermöglichen. England, Italien und Japan sind vorangegangen, Frankreich wird vermutlich folgen. Es ist nach den bisherigen Erfahrungen im Ostgeschäft nicht ausgeschlossen, daß in Zukunft auch Lieferungen nach China in Deckung genommen werden, deren Bezahlung 5 Jahre nach Lieferung bzw. Betriebsbereitschaft noch nicht abgeschlossen ist. Nur die Bundesregierung verhält sich „aus politischen Gründen“ ablehnend. Dabei wäre hier eine gute Gelegenheit, in Verhandlungen über ein staatliches Handelsabkommen, an dem China wiederholt Interesse bekundete, die „Berlin-Klausel“ gegenüber einer der kommunistischen Großmächte zur Geltung zu bringen. Die Chance dafür ist um so größer, als China sich bereits 1957 in den Verhandlungen mit dem Ostauschuß der Deutschen Wirtschaft mit der Einbeziehung Berlins in den Geltungsbereich des Quasi-Handelsabkommens einverstanden erklärt hatte, und zwar nicht nur in der verklausulierten Form wie Bulgarien, Rumänien, Ungarn und ganz besonders Polen, sondern durch ausdrückliche Erwähnung in einem als Bestandteil des Abkommens bezeichneten Briefwechsel.

Der Rückgang des bundesdeutschen Chinahandels seit 1958 hat ausschließlich politische Gründe. Wenn auch Chinas Bedeutung als Handelspartner aus politischen und wirtschaftlichen Gründen, von denen einige in dieser Darstellung angedeutet wurden, für absehbare Zeit noch begrenzt ist, sollten wir das Terrain doch nicht unnötig preisgeben.

Die DEUTSCHE BUNDESBahn befördert jedes Gut jeder Zeit

- Moderne Güterwagen, auch für schwerste Güter
- Großbehälter verschiedener Art
- Paletten für rationellen Versand
- Güterkraftverkehr

sind nur einige der von ihr gebotenen Möglichkeiten.

Darum



- Transport Ihr Vorteil

Bundesbahndirektion Hamburg